

Falsch gewendet

Zur Kritik der Initiative „Die Wende – Energie in Bürgerhand“

Detlef Bimboes¹

Die bundesweite Initiative „[Die Wende - Energie in Bürgerhand](#)“ und die von ihr formulierte Energiewende-Charta wollen die vielen Menschen hinter der Energiewende sichtbar machen und ihnen im Jahr der Bundestagswahl eine starke Stimme geben. Initiatoren sind die 100 Prozent Erneuerbare Stiftung, der BUND, das Netzwerk Energiewende Jetzt, die GLS-Bank-Stiftung, die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG i.G. sowie die Haleakala-Stiftung. Partner der Initiative sind u. a. das Institut für Solidarische Moderne (ISM), Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, Reiner Lemoine Stiftung, UnternehmensGrün e.V., Heinz Sielmann Stiftung, Agentur für Erneuerbare Energien.

Zu Initiatoren der Initiative

1. Bürgerenergie Berlin

Die Bürgerenergie Berlin ist als Genossenschaftsprojekt mit Sitz in Berlin angelegt. Durch den Kauf des Stromnetzes und darüber erzielbare Gewinne soll die Energiewende eingeläutet und bezahlt werden. Aufsichtsratsmitglieder sind Hartmut Gassner und Lukas Beckmann, beide verwurzelt im Bereich von GRÜNEN und Umweltbewegung. Gassner ist renommierter Rechtsanwalt für Kommunal- und Abfallrecht. Beckmann war von 1994 bis 2010 Fraktionsgeschäftsführer der grünen Bundestagsfraktion. Er ist seit dem 1. März 2011 als Vorstandsmitglied für die GLS Treuhand tätig.

2. Energiewende jetzt

Projektentwickler in/für Energiegenossenschaften mit Sitz in Rheinland-Pfalz. Wichtiger Förderer ist das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz, das seit 2011 von der Ministerin Lemke (Partei B90/DIE GRÜNEN) geleitet wird.

¹ Gilbert Siegler (Hamburg) danke ich für wertvolle Hinweise und Anregungen.

3. 100 Prozent erneuerbar stiftung

Sitz der Stiftung ist Berlin. Einer der Partner ist die Veolia Stiftung, ein Kind des global operierenden Energie- und Wasserkonzerns Veolia, bekannt durch den aufrüttelnden Film „Water makes money – wie private Konzerne aus Wasser Geld machen“.

4. GLS Bank Stiftung

Die GLS Bank Stiftung wird von der GLS Treuhand e.V. treuhänderisch verwaltet. Als Stiftungsvorstände wurden Lukas Beckmann (GLS Treuhand) und Thomas Jorberg (GLS Bank) bestellt.

Die **GLS Gemeinschaftsbank eG** ist eine Genossenschaftsbank und gehört dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken an. Sie wurde 1974 gegründet und war die erste Bank, die nach sozial-ökologischen Grundsätzen arbeitet.

5. Haleakala Stiftung

Die Haleakala Stiftung ist eine Treuhänderische Stiftung in der GLS-Treuhand e. V. mit Sitz in Bochum, die zur GLS-Bank gehört.

Zur strategischen Ausrichtung der Initiative

Die Initiative zielt darauf ab, dass die dezentrale Energiewende „von unten“ von engagierten Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. In der Präambel ihrer Energiewende-Charta heißt es dazu, dass „Der Weg zu einer sicheren, klimafreundlichen und ökologischen Energieversorgung in dezentralen Strukturen in den Händen der Bürgerinnen und Bürger liegt“. „Denn überall dort, wo sie mitentscheiden und auch mitverdienen, gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Umbau des Energiesystems. Zum „wer“ heißt es dann dazu unter Punkt 4 der Charta konkreter: „Bürgerinnen und Bürger sind die treibende Kraft der Energiewende. Sie engagieren sich in Genossenschaften, im regionalen Mittelstand, in Kommunen und Stadtwerken“. Die Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung und jener, die sich für Energienetze in demokratisierter, öffentlicher Hand einsetzen, werden mehr indirekt erwähnt. So heißt es unter Punkt 9 der Charta lediglich: „Auch die kommunale und öffentliche Energiewirtschaft muss die Bürgerinnen und Bürger demokratisch an Entscheidungen beteiligen“.

Zusammensetzung der Initiative und Formulierungen in der Energiewende-Charta zeigen, dass Genossenschaften auf dem Weg für eine dezentrale Energiewende Vorrang gegeben

wird. Die Rekommunalisierung der Energieversorgung wird nicht explizit erwähnt und ist auch kein tragender Bestandteil der Initiative.

Abschließend sei angemerkt, dass die Initiative darauf achten muss, dass in ihr nicht über die Hintertür Großkonzerne Einfluss gewinnen. Es ist kein gutes Zeichen, wenn die 100 Prozent erneuerbar stiftung den Großkonzern Veolia in Gestalt seiner Stiftung zum Partner hat.

Zu grundlegenden Differenzen mit Initiativen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung

Die Stoßrichtung der Initiative ist grundsätzlich richtig, dass die dezentrale Energiewende von den Bürgern und Bürgerinnen durchzusetzen und zu gestalten ist. Richtig ist auch, dass Genossenschaften auf diesem Weg zentrale Bedeutung zukommen soll. Sie sind eine optimale Unternehmensform, weil sie grundsätzlich nicht auf Maximalprofite, auf Vergrößerung des Shareholder Value ausgerichtet sind, sondern bestimmte Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen wollen.

Strategisch wird aber in das Konzept explizit nicht die Rekommunalisierung der Energieversorgung eingebunden. Und genau an diesem Punkt liegen Differenzen zu Initiativen, die sich das zum Ziel setzen. Unterschiede ergeben sich dann, wenn Genossenschaften gleich anderen privaten Akteuren anstreben, Kernbestandteile öffentlicher Daseinsvorsorge zu übernehmen und zu bewirtschaften. Genossenschaftliches Eigentum ist privates Gruppeneigentum. Werden mithin Gemeingüter wie Wasser oder gesamtgesellschaftlich relevante Infrastrukturen wie Energienetze oder die gesamte Energieversorgung in genossenschaftliche Hände übergeben, dann ist das im Wesentlichen eine andere Art der Privatisierung. Der Berliner Wassertisch hat angesichts des Vorschlags, die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe genossenschaftlich zu organisieren, stichhaltig dargelegt, warum das ganz unabhängig vom Einzelfall nicht in Frage kommen kann: Genossenschaften organisieren nur für die Mitglieder das Gemeineigentum der Mitglieder. Das Gemeineigentum der Genossen schließt alle Nicht-GenossInnen von der Mitbestimmung und auch der Nutznießung aus². Das genau ist der springende Punkt, wenn es darum geht, gesamtgesellschaftlich relevante Infrastrukturen wie die Energieversorgung mit Stadtwerken und Energienetzen wieder in öffentliches Gemeineigentum, in die Hand der ganzen

² Berliner Wassertisch: Lederers Genossenschaftsmodell – eine andere Art der Privatisierung, Pressemitteilung, Berlin, den 02.03.2011

Gesellschaft, zu bringen und zu ihrem Nutzen zu gestalten, zu organisieren und zu bewirtschaften.

Partikularinteressen können, auch wenn am Gemeinwohl orientiert, nicht die Vielzahl an Interessen, geschweige denn das Mehrheitsinteresse in einem Gemeinwesen abbilden und ausgleichen, sei es auf kommunaler, regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene. In bestimmter Weise gilt das auch für den Staat, wenn er – was inzwischen die Regel ist - die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit für eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung – missachtet und gesamtgesellschaftlich relevante öffentliche Infrastrukturen der Daseinsvorsorge im Interesse profitorientierter Wirtschaft privatisiert, steuert oder betreibt.

Kurzum, für einen gerechten Ausgleich zwischen Einzel- und Gesamtinteresse braucht es, wie schwierig das auch immer im Einzelfall ist, gesamtstaatliche und kommunale, am Gemeinwohl ausgerichtete Regelungsinstanzen. Dies sind die Parlamente. Sie sind dafür da, grundlegende Entscheidungen für öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit klarer, verbindlicher Ausrichtung auf festgelegte Unternehmensziele zu treffen und deren relevante Ausgaben und Einnahmen detailliert zu überprüfen und zu kontrollieren. Allerdings ist die Orientierung am Gemeinwohl durch Parlamente, Staat und Kommunen immer mehr unter die Räder gekommen. Bei erfolgreicher Rekommunalisierung der Energieversorgung ist es daher unumgänglich, dass mit ihr zugleich eine unabhängige, direkt-demokratische Kontrolle der BürgerInnen durchgesetzt wird. Direkt-demokratische Kontrolle ist deshalb notwendig, weil öffentliches Eigentum zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für eine Orientierung an den Lebensinteressen der Menschen ist. Sie gehört nicht nur ins Parlament, sondern auch in die Stadtwerke. Der früher schon formulierte Anspruch auf den „gläsernen Staat“ hat nichts an Richtigkeit eingebüßt. Wirksame Kontrolle können Beiräte ausüben, in denen Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände usw. vertreten sind. Das kann aber auch, wie es der Berliner Energietisch vorschlägt, noch weitergehender in Form von Verwaltungsräten mit teilweiser Direktwahl und weit ausgreifenden Mitbestimmungsrechten - wie z. B. einem Initiativrecht - geschehen.

Zusammenfassende Bewertung

Bürgerschaftliches, wirtschaftliches und genossenschaftliches Engagement und politisches Handeln für eine demokratisch erneuerte, gesamtstaatliche Energiewirtschaft wie auch die Rekommunalisierung der Energieversorgung ergänzen sich strategisch sinnvoll, denn beides ist für die Energiewende unerlässlich. Rückgrat oder Knochengerüst für eine dezentrale Energieversorgung in Deutschland sind Stadtwerke und kommunale wie auch demokratisch organisierte, bundesweite Energienetze in öffentlichem Eigentum. Das Fleisch für den flächendeckenden Umbau sind Energiegenossenschaften, kleine und mittelständische Unternehmen und viele andere Initiativen und Einzelpersonen. Grundlegende politische Differenzen bestehen dann, wenn es darum geht, ob das Rückgrat der Energieversorgung in öffentlichen Besitz zu nehmen und unter Kontrolle zu bringen ist oder nicht. Diese Differenzen dürften Kämpfe und Wege für eine dezentrale Energieversorgung mitbestimmen. Sollten sich sie nicht ausräumen lassen, dann könnten in einer ganzen Reihe von Fällen aufgrund parallel laufender Aktivitäten die Anstrengungen für eine Energieversorgung in öffentlicher Hand in Schwierigkeiten geraten oder gar scheitern. Es war sicher kein Zufall, dass parallel zum Berliner Energietisch die Gründung der Initiative Bürgerenergie Berlin betrieben wurde, auch wenn die BürgerEnergie Berlin das angelaufene Volksbegehren unterstützt. Es ging und geht dabei nicht nur um eine gesellschaftlich breit verankerte Energiewende, sondern auch darum, zugleich grüne parteipolitische Positionen zu stärken. Unabhängig von letzterem bedarf es vor dem skizzierten Hintergrund einer klärenden Debatte darüber, wo Genossenschaften sinnvoll und wo sie es nicht sind. Der Beitrag soll ein erster Anstoß dafür sein.

Verfasser: Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Mitglied der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE